



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbands vom 14. März 2008

Agrarfreihandel: Enttäuschung und viele offene Fragen!

Heute hat der Bundesrat entschieden, die formellen Verhandlungen für ein Agrarfrei-handelsabkommen mit der EU aufzunehmen. Die wirtschaftlichen Folgen eines sol-chen Abkommens wären für die Schweizer Landwirtschaft gravierend. Begleitmass-nahmen in Form von finanziellen Beihilfen können den Fall abfedern, die Schweizer Landwirtschaft aber nicht mit gleich langen Spiessen, wie sie die europäischen Kol-legen haben, ausrüsten. Entsprechend ist der Schweizerische Bauernverband ent-täuscht und erwartet vom Bundesrat Antworten auf die zahlreichen offenen Fragen.

Gemäss den Berechnungen des Schweizerischen Bauernverbands (SBV) würde das landwirt-schaftliche Einkommen der Schweizer Betriebe mit einem Freihandelsabkommen im Agrar- und Ernährungssektor drastisch sinken. Dies auch wenn sie für ihre Produkte dank der hervorragenden Qualität einen Mehrpreis lösen und die Kosten durch Rationalisierung und Vergrösserung der Be-triebe senken können. Das wirtschaftliche Umfeld und die Produktionsbedingungen mit strengen Umwelt- und Tierschutzgesetzen begrenzen das Potential der Schweizer Landwirtschaft. Alles zu-sammen würde dazu führen, dass das landwirtschaftliche Einkommen durch ein Agrarfrei-handelsabkommen mit der EU auf rund die Hälfte zusammenfallen würde. Besonders stark betroffen wären die Ackerkulturen, der Obst- und Gemüseanbau sowie das Talgebiet ganz allgemein.

Der massive Einkommensverlust würde dazu führen, dass unsere Bauernfamilien die ihr von der Bundesverfassung, respektive von der Bevölkerung zugewiesenen Aufgaben nicht mehr erfüllen könnten. Wie sollen sie die ausreichende Produktion von qualitativ hochwertigen Lebensmittelroh-stoffen, die Pflege der Kulturlandschaft, die Aufrechterhaltung der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen gewährleisten, wenn man von ihnen verlangt, zu europäischen Preisen, aber zu hohen Schweizer Kosten zu produzieren? Kommt dazu, dass zahlreiche weitere abgeschlossene oder anstehende bilaterale Handelsabkommen mit anderen Staaten ihren Tribut fordern und die Doha-Runde der WTO als schwarze Wolke am Himmel hängt.

Während andere Wirtschaftszweige geschützt bleiben, soll die Landwirtschaft in eine Schlacht ge-hen, bei der sie nicht nur verlieren kann, sondern bei der es kaum etwas zu gewinnen gibt. Abgese-hen von Spezialitäten und einigen verarbeiteten Produkten hat die Schweizer Landwirtschaft nicht die nötige Kapazität, um den europäischen Markt regelmässig zu versorgen. Das Exportpotential ist entsprechend begrenzt. Auch wenn es gelingt, die Produktionskosten massiv zu senken und der Bundesrat grosszügige Begleitmassnahmen beschliesst, wird die kleinflächige, hügelig bis bergige Schweiz im Abseits stehen.

Der SBV wehrt sich gegen dieses einseitige Opfer der Schweizer Landwirtschaft und die Infrage-stellung der Ernährungssouveränität! Er ist enttäuscht vom Bundesrat und fordert von ihm Klärung zu den konkreten Erwartungen, die mit diesem Unterfangen verbunden sind. Wer profitiert vom Freihandel in welchem Umfang? Welche Ziele sollen erreicht und welcher Preis muss dafür von wem bezahlt werden? Welcher Nutzen für die Konsumenten darf realistischerweise in Anbetracht der gegensätzlichen Entwicklung der Produzenten- und Konsumentenpreise in den vergangenen Jahren erwartet werden? Welche Massnahmen sieht der Bundesrat vor, damit die Schweizer Pro-duzenten ihren ausländischen Kollegen in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit das Wasser reichen können?

Rückfragen:

Hansjörg Walter, Präsident, Mobile 079 404 33 92

Jacques Bourgeois, Direktor, Mobile 079 219 32 33

Christophe Eggenschwiler, Leiter Politik und Wirtschaft, Mobile 079 344 0902

Sandra Helfenstein, Mediensprecherin, Tel. 056 462 52 21, Mobile 079 826 89 75

www.sbv-usp.ch